

Fresspakete für Flüchtlinge 1993/94

So lautet noch immer die Devise der Regierenden deutschen Bürokraten. Zwar haben sie etwas Probleme, die derzeitigen Schwierigkeiten in den Griff zu kriegen- aber man kann davon ausgehen, dass diese Schwierigkeiten nur vorübergehender Natur sein werden.

Immer wieder kommt ihnen ungelegen, dass die Flüchtlinge nicht so mitmachen, wie sie denn wollen. Da findet doch schon wieder ein Protest gegen die Fresspakete statt - Villingen-Schwenningen. Rund 60 Flüchtlinge haben angekündigt, notfalls auch in den Hungerstreik zu treten. Der letzte Hungerstreik von Flüchtlinge aus Emmendingen ist gerade erst zu Ende gegangen.

Und schon geht es wieder weiter.

Birzele hat seine Untertanen schon einbestellt zur Rechtfertigung, warum diese seine Ausführungsvorschriften nicht alle gleichermassen umsetzen oder - wie z.B. in Heidelberg- noch gar nicht. "In aller Deutlichkeit" macht er darauf aufmerksam, dass Abweichungen davon im ersten Verfahrensjahr nicht gedeckt seien.

Schriftlich sollen sie bis Anfang April über ihre Erfahrungen in den Kommunen und Landkreisen berichten. Und dann wird direkt geredet, am 4. Mai 1994

Und nun die Neuerungen: was macht also Freiburg?

Ab 15.3. wird wieder umgestellt. Künftig werden noch etwa 250 Flüchtlinge von der Fresspakete-Regelung betroffen sein. Am 16. März gibt es wieder Geldauszahlungen für diejenigen, die nicht mehr im 1. Verfahrensjahr sind. Dies gilt aber wiederum nur "für bis auf weiteres". Kinder bekommen Geldzahlungen. Da die vorl. Verwaltungsvorschrift strittig war, wurde sie nur ausgesetzt. Alles andere bleibt bis bisher.

Was macht der Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald?

Dort sind zukünftig noch etwa 400 von der Regelung betroffen, statt zuvor etwa 1.300. Wie es dort allerdings im einzelnen gehandhabt wird, war heute nicht mehr genau herauszufinden.

Damit ist allerdings - es wurde schon mehrfach darauf hingewiesen - nur ein Teilerfolg erreicht. Das ganze Gesetz mit seinen vielfachen Auswirkungen ist immer noch in Kraft.

Auch von einer Regelung, wie sie in Berlin praktiziert wird, ist man weit entfernt. Dort werden lediglich die Flüchtlinge, die ab dem 1. Nov. neu gekommen sind, von den Sachleistungen erfasst. Alle anderen fallen nicht darunter. Immer noch beschissen genug.

auch in Köln läuft eine andere Regelung: wenn in einem Flüchtlingsheim unterschiedliche sogen. Kategorien der Flüchtlinge leben müssen, dann wird

-wegen der Gefahr ungleicher Behandlung- für alle Geld ausgezahlt, allerdings in unterschiedlicher Höhe.

Da haben also Verwaltungsgerichte, Rechtsanwälte etc. noch einiges zu tun, um hier den Behörden Beine zu machen.

ERSTENS: Die Landesregierung behauptet, nach dem Asylbewerberleistungsgesetz gebe es für Flüchtlinge nur noch Sachleistungen, sprich Fresspakete. Das stimmt nicht, sondern bleibt eine Behauptung.

ZWEITENS: Die Stadt Freiburg, der Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald sind der gleichen Meinung, und haben deshalb auch mit unterschiedlichen Firmen, die sie für geeignet halten, Verträge über die Lieferung dieser Fresspakete abgeschlossen.

Auch das stimmt nicht, sondern ist eine Schutzbehauptung.

Inzwischen ist klar, dass hier besondere Firmen zu Dumpingpreisen ihre Profite steigern. Wie z.B. die Firmen PEDUS aus Freiburg und Kirchzarten, und die Fa. RORI aus Engen bei Konstanz. Sie liefern nur das, was ihren Profit steigert.

Die Firma hatte heute in Kirchzarten zur Persilveranstaltung geladen. Dort ist ihr Auslieferungslager. Ihr Büro ist in Freiburg, Sundgaullee 90. Ein kurzer Ausschnitt aus der gestern kurzfristig einberufenen Weiss-wasch-Sache:

Die FA. PEDUS liefert in den Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald, in den Landkreis Emmendingen und in den Ortenaukreis.

Geschäftsführer ist Herr Lebherz. Die Fa. selbst ist keine kleine Truppe, sie ist vielseitig tätig, u.a. in der Reinigung, im Wach- und Schliessdienst, in der sogen. Sicherheit, man sagt von ihr, sie sei ein Mac Donalds im "Service total".

Ein Mischkonzern mit einem Auslandsanteil von 40%, und ca. 30.000 MitarbeiterInnen. Die kriegen hier in Freiburg gerade mal 12,50 brutto - und der Geschäftsführer Lebherz sagt, sie würden auch "Asylanten" beschäftigen.